

Rudolf Strahm

Die sieben Realitäten des Kapitals

Die kapitalistische Marktwirtschaft ist enorm effizient. Aber sie ist nicht gerecht. Sie ist wohlstandsfördernd, doch sie ist sozial und ökologisch blind und denkt kurzfristig. Diesen Sachverhalt möchten wir hier etwas näher beleuchten.

Der Financier und Unternehmer Tito Tettamanti hat mit seiner Verteidigungsschrift «Die sieben Sünden des Kapitals»¹ versucht, die «Erfahrungen eines Unternehmers» (Untertitel) darzustellen. Ich möchte dem die Erfahrungen eines Wirtschaftspolitikers gegenüberstellen, nämlich die «sieben *Realitäten* des Kapitals», und zwar ohne theoretischen Anspruch, bloss als Erfahrungsbericht, als schlichter Beschrieb der Wirtschaftswirklichkeit.

Tito Tettamanti fordert eine «rationale Betrachtung unserer sozioökonomischen Realität». (S. 8) Dieser rationalistische Anspruch, der von Kant bis Popper ausgeht, ist sympathisch. Darauf antworten wir hier mit den «sieben Realitäten des Kapitals».

Ein Vierteljahrhundert der teilnehmenden Beobachtung in der praktischen Wirtschaftspolitik (ich war sieben Jahre Zentralsekretär und wirtschaftspolitischer Sachbearbeiter bei der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, später, nach Unterbruch, 13 Jahre Wirtschaftspolitiker im Nationalrat) zwingt einen, die Wirtschaftstheorie und die Wirtschaftswirklichkeit strenger auseinander zu halten: Was in der Theorie gelehrt, gelernt und publiziert wird, trifft bei näherem Hinsehen in der Realität nicht zu. Wir beschreiben hier die Wirtschaftswirklichkeit, basierend auf Erfahrung, mit einer bloss endogenen Kritik des Systems, die dieses an seinen eigenen

¹ Tito Tettamanti: Die sieben Sünden des Kapitals. Erfahrungen eines Unternehmers. Zürich 2003.

Ansprüchen und Theorien misst. Die endogene Kritik bedeutet, dass wir das System an seinen eigenen Ansprüchen und Theorien beurteilen.

Die sieben Realitäten möchten wir wie folgt gliedern:

1. In der Sonntagspredigt für Wettbewerb – in der Werktag-
spraxis für Wettbewerbsbehinderung
2. Die Gewinne privat und die Kosten dem Staat
3. Die Dominanz der Finanz
4. Wer da hat, dem wird gegeben
5. Systeminhärente Kurzsichtigkeit
6. Demokratie wird deklariertes «Störfaktor»
7. Fehlgeleitete Wirtschaftseliten

Zum Schluss dieses Essays plädieren wir für eine aktive Wirtschaftspolitik und für Reformen.

1. In der Sonntagspredigt für Wettbewerb – in der Werktagsspraxis für Wettbewerbs- behinderung

Die Marktwirtschaft basiert auf Wettbewerb und Marktwirtschaft. Vor einem Jahrzehnt noch existierten in der schweizerischen Volkswirtschaft rund tausend Kartelle, wettbewerbsbehindernde Preisabsprachen unter Anbietern, Gebietsabsprachen unter Handwerkern, Bier- und Getränke-lieferanten, Zementherstellern und Autohändlern. Ein grosser Teil dieser Horizontal-Kartelle ist mit der Kartellgesetzrevision von 1995 und dank des zunehmenden Wettbewerbsdrucks aus dem Ausland aufgehoben worden.

Das alte Kartell, die horizontale Absprache unter Anbietern, ist im Rückgang begriffen und weit gehend bedeutungslos geworden. Doch eine neue, preiswirksamere Kartellform ist bis zur Perfektion aufgebaut worden: die sog. vertikale Preis- und Lieferbindung.

Es handelt sich um Lieferverträge multinationaler Konzerne, die ihre Erzeugnisse in die Schweiz liefern und einen Alleinvertrieber (Vertriebsfiliale, Zwischenhändler, Distributionsfirma) zwischenschalten, welcher als einziger Verteiler die schweizerischen Absatzkanäle beliefert.

Hochpreisinsel durch Wettbewerbsbehinderung

Die Importgüter werden in der Schweiz 20 bis 30 Prozent teurer vertrieben als genau gleiche Produkte im benachbarten Ausland. Dies zeigte eine Preisvergleichsstudie der Universität Zürich unter der Leitung von Professor Roger Zäch, der gleichzeitig als Vizepräsident der Wettbewerbskommission Weko wirkt.² Besonders hartnäckig werden die teuren Preise der Pharmaprodukte von der Pharmaindustrie verteidigt. Die Verteuerung ist sehr breit 20 bis 100 Prozent gegenüber dem Auslandspreis gestreut.

Bei der Verteuerung in der Schweiz ist nicht etwa das höhere Lohnniveau entscheidend, welches die hohen Preise rechtfertigen könnte. Vielmehr handelt es sich um höhere Importpreise, die nichts mit den Distributionskosten zu tun haben.

Eine Preisniveau-Vergleichsanalyse im Auftrag des Staatssekretariats Seco (CPL-Analyse, Comparativer Price Level) ergab 23 Prozent teurere Produkte in der Schweiz, verglichen

² Universität Zürich, Preisvergleiche stichprobenhaft ausgewählter Güter und Dienstleistungen Schweiz/Deutschland. Universität Zürich, Lehrstuhl Prof. Zäch, September/Okttober 2001.

unter Berücksichtigung der Kaufkraftparitäten mit dem Preisniveau von Deutschland, Frankreich, England und USA.³

Verteuerte Zulieferungen und Inputs

Die schweizerische Landwirtschaft bezahlt für ihre Inputs (zumeist importierte Traktoren, Landmaschinen, Dünger, Schädlingsbekämpfungsmittel) über eine Milliarde Franken mehr als die Landwirte im benachbarten Ausland. In Baden-Württemberg sind Dünger, Saat- und Pflanzenschutzmittel 40 Prozent, die gleichen Pflanzenschutzmittel 35 Prozent billiger.⁴

Die Schweiz importiert für rund 120 Milliarden Franken Importgüter (oder über 100 Milliarden Franken, wenn Erdölprodukte und Nahrungsmittel ausgenommen werden, für die eine andere Marktordnung gilt). Für diese Importe bezahlen wir im Durchschnitt 20 bis 30 Prozent zu viel und verteuern damit den Produktionsstandort Schweiz. Nur ein Drittel des Mehrpreises ist auf teurere Absatzkosten innerhalb der Schweiz zurückzuführen. Vielmehr besteht die Verteuierung in Monopolverrenten auf Grund von Vertikalbindungen, die wir später erklären.

Direktimporte von Produkten durch schweizerische Händler, sog. Parallelimporte, sind auf weite Strecken verunmöglicht. Ausser den Konsumenten und einigen importierenden Grossverteilern hatte bisher eigentlich niemand ein Interesse am Wettbewerb. Das gehört zur Realität des schweizerischen Kapitalismus.

³ Martin Eichler u. a.: Preisunterschiede zwischen der Schweiz und der EU. Seco Strukturberichterstattung Nr. 21. 2003. S. 62 und 188.

⁴ Bundesamt für Landwirtschaft: Agrarbericht 2002.

Sonntagsliberale

«Wettbewerb» und «Marktwirtschaft» sind viel verwendete Schlüsselbegriffe der liberalen Sonntagspredigten. *Am Sonntag predigt man Markt und Wettbewerb, aber von Montag bis Freitag tut man alles, um den Wettbewerb zu behindern.*

Der Dachverband der Wirtschaft, die Economiesuisse, wehrte sich in der Vernehmlassung der Kartellgesetzrevision von 2000 gegen Reformen, gegen die Verschärfung von Sanktionen, gegen die Kronzeugenregelung; und von einer Strafbarmachung der Vertikalbindung wollte der Verband überhaupt nichts wissen.

Der damalige Präsident der Economiesuisse, Andres F. Leuenberger, war zu der Zeit zweiter Mann beim Roche-Konzern und verantwortlich für dessen weltweite Kartellpraxis, die dem Pharmariesen in der Folge rund 3,5 Milliarden Franken an Kartellbussen für schädliche Praktiken beim Vitamin- und Citruskartell einbrachten. (Dabei ist diese Kartellpraxis gerade durch eine Anwendung der Kronzeugenregelung aufgefliegen und bewiesen worden.)

Parallelimport-Verhinderer

Die von der Basler Pharmaindustrie unterhaltene Lobby-Organisation «Interpharma» hat mit aggressiven Lobby-Methoden, mit Meinungsmanipulation und Schutzbehauptungen dafür gesorgt, dass das eidgenössische Parlament bei Pharmaprodukten bis heute keine Parallelimporte für alle Arzneimittel zugelassen hat.

Die Parallelimporte für Medikamente, die zuvor mit einer Parlamentarischen Initiative grundsätzlich befürwortet worden waren (Pa.Iv. 98.413), wurden im Heilmittelgesetz auf

Grund der Interpharma-Lobby auf die so genannte erleichterte Zulassung für Altmedikamente, deren Patentschutz abgelaufen ist, zurückgestutzt (Heilmittelgesetz Art. 14 Abs. 2).

Trotz dieser kleinen Türe für Parallelimporte von Medikamenten mit abgelaufenem Patent auf Grund von Art. 14 Abs. 2 des Heilmittelgesetzes sind noch keine Parallelimporte von der Zulassungsstelle des Bundes, SwissMedic, bewilligt worden. Abgewiesene Gesuchsteller für Parallelimporte nennen administrative Hindernisse, Produktionsnachweisvorschriften und andere Hürden als von der Zulassungsstelle genannte Gründe. Kurz, der politische Wille des Gesetzgebers, wenigstens bei einem Teil des Imports, nämlich bei Altmedikamenten, eine Liberalisierung zu ermöglichen, ist durch das nach der Pfeife der Pharmaindustrie tanzende Zulassungsinstitut auf kaltem Weg unterlaufen worden.

Verkehrte Welt im Parteienspektrum

Während der parlamentarischen Beratungen des Kartellgesetzes in den Jahren 2000 bis 2002 ist ein eigentlicher Paradigmenwechsel in der Wettbewerbspolitik vorgenommen worden, indem neu auch vertikale Preis- und Lieferbindungen als schädlicher Kartelltatbestand deklariert und der Strafbarmachung unterstellt worden sind. (Bis anhin galten nur horizontale Kartelle, nämlich Preis-, Mengen- und Gebietsabsprachenkartelle, als vom Gesetz definiert schädlich. Nach dem Willen des Bundesrats hätten nur diese drei beschränkten Vermutungstatbestände weiter bestehen sollen.) Das Interessante ist dabei, wer diese entscheidende Ausweitung des Kartellbegriffs auf Vertikalbindungen realisiert hat: Die Vertreter/-innen der SP, der CVP und der Grünen Partei

waren dafür (und Antragsteller), die Vertreter der SVP waren von Anfang bis Schluss dagegen, die FDP-Deputation widersetzte sich am Anfang und schwenkte dann halbherzig ein. Doch von SVP- und FDP-Seite kam ein Antrag hinzu, bei Vertikalbindungen Rücksicht auf die Vertriebsstrukturen zu nehmen und dabei wieder partielle Wettbewerbsbehinderungen zu legitimieren.

Bei der Einführung klarerer Durchsetzungsmethoden bei der Kartellbekämpfung (Beschlagnahmungsrecht, Kronzeugenregelung, Erstbussen) stimmte die Rechte, die geschlossene SVP, die sich stets als Hüterin der Marktwirtschaft gibt, von Anfang bis zum Schluss dagegen, wie diese die Economiesuisse in ihrer Vernehmlassung bereits bekämpft hatte. Das ist die Realität des helvetischen Bürgertums.

Nationale Patentschöpfung (Kodak-Urteil)

Für patentierte Produkte gibt es beim Import immer noch den Schutz der wettbewerbsbehindernden Vertriebsstruktur im Inland: Mit dem sog. Kodak-Urteil hat das Bundesgericht im Jahr 1999 einen folgenschweren, produktverteuernden und konsumentenfeindlichen Entscheid gefällt: Die Detailhandelskette Jumbo-Markt importierte Kodak-Filme aus England zu viel tieferen Preisen (und bezahlte natürlich die im Vereinigten Königreich verrechneten Lizenzgebühren für das Kodak-Patent). Die Kodak Schweiz zog, unterstützt von einer rechtsbürgerlichen Wirtschaftsanzwaltskanzlei in Zürich, den Fall bis vor das Bundesgericht. Dieses verurteilte darauf den Jumbo-Markt, die Kodak-Filme nur noch bei der Kodak Schweiz AG und nicht mehr im Ausland zu beziehen und gleichzeitig etablierte es – in Umkehr der bisherigen Praxis beim Patent- und Markenschutzrecht – eine nationale Patentschöpfung. Implizit etablierte das Bundesgericht in einem

politischen Urteil eine Marktabschottung mit grossen volkswirtschaftlichen Folgen. (Erst später wurde bekannt, dass Kodak beim Farbfilm, dessen Patente längst abgelaufen waren, bloss eine neue Deckschicht patentiert hatte mit dem Zweck, den Patentschutz weiterführen zu können.)

Auf Grund des Kodak-Urteils wurde die Geltendmachung des Patentschutzes bei den Vertikalbindungen in dutzenden von Fällen aufgebaut. Zwar kann nach dem neuen Kartellrecht die Hochpreisgestaltung nicht mit dem Patentschutz legitimiert werden, aber die Alleinvertriebsstrukturen werden mit der nationalen Patentschöpfung weiterlaufen.

Konzerne: Marktsegmentierung und Marktmacht

Die multinationalen Konzerne praktizieren in der Schweiz, was den Marketingchefs lehrbuchmässig als «Market segmentation» nahe gelegt wird: Der globale Markt wird nach nationalen und sprachregionalen Kriterien aufgeteilt, separat beliefert, abgeschottet und die Verkaufspreise werden der lokalen Kaufkraft und nicht dem Wettbewerb angepasst. Genau das Gegenteil von Wettbewerb wird praktiziert, nämlich Marktabschottung, Vertikalbindung, Unterdrückung von Parallelimporten und national segmentierte Hochpreispolitik. Das ist die Realität des Kapitalismus, wie wir ihn in der Wirtschaftswirklichkeit erleben. Nicht Wettbewerb, sondern Wettbewerbsbehinderung und Monopolrenten sind die Regel.

Baumarkt und Bauland-Verteuerung

Wir bauen in der Schweiz 30 bis 50 Prozent teurer als im benachbarten Ausland. Der teure Baumarkt wird auf die hohen Schweizerlöhne der Bauleute zurückgeführt. Dies trifft höchstens zur Hälfte zu. Denn auch der Baumarkt ist geprägt

von Wettbewerbsbehinderungen und von 26 verschiedenen kantonalen Bauvorschriften, die ihrerseits natürlich den Binnenwettbewerb und die Baustandardisierung behindern.

Der sich selbst als marktfreundlich darstellende Hauseigentümerverband Schweiz (HEV) hat verhindern können, dass beim Baulandmarkt die Handelstransaktionen und Handelspreise veröffentlicht werden. Der Bundesrat wollte mit dem sog. bodenrechtlichen Anschlussprogramm Mitte der 90er Jahre durch eine bessere Preistransparenz die Voraussetzung zur Baulandverflüssigung schaffen. Doch das Projekt wurde nach dem Vernehmlassungsverfahren wegen der rechtsbürgerlichen Opposition eingefroren. Auch hier haben die Sonntagliberalen die Rahmenbedingungen für Wettbewerb, nämlich bessere Transparenz, unterlaufen können.

Durch die Bauverpflichtungen beim Boden (Servitute), durch Baulandhortung, durch die Verhinderung von standardisiertem Bauen und Systembau entstehen noch und noch Verteuerungen. Jeder Architekt versucht sich selber zu verwirklichen, ständig neue Ideen individualistisch auf den Wohnungsbau anzuwenden; und dazu wollen sie erst noch 10 bis 15 Prozent Architekturkosten auf den hohen Preisen verrechnen.

Auch die Linke blockiert

Es wäre unredlich, nur die Marktbehinderungsstrategien der bürgerlichen Marktbefürworter ins Schaufenster zu stellen, ohne die Wettbewerbsbehinderung der Linken auch zu erwähnen.

Die geordnete Öffnung des Strommarktes wurde mit der Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG) im Jahre

2002 ebenso bekämpft wie die Öffnung der letzten Meile im Telekom-Bereich, was u. E. zu einer Behinderung der Technologydiffusion durch den fetten Riesen Swisscom führt. Dies behindert das Wachstum und die Schaffung neuer innovativer Arbeitsplätze. – Immerhin kann man sagen, dass bei diesen punktuellen Liberalisierungsbehinderungen die Linke nicht im gleichen Mass ihr Marktcredo unterläuft. Wir gehen davon aus, dass diese Liberalisierung dennoch durchschlagen wird; im Falle des Elektrizitätsmarktes mit einer neuen, schlechteren und weniger regulierenden Elektrizitätswirtschaftsordnung.

2. Die Gewinne privat und die Kosten dem Staat

Die alten Liberalen betrachteten den Staat als Leviathan, als Behinderer von Freiheit und Zerstörer von Eigen- und Selbstverantwortung. Die Neoliberalen akzentuierten diesen Aspekt mit einer Doktrin gegen die Fiskal- und Staatsquote und überhöhten die Kritik mit einem wachstumstheoretischen Lamento.

Allerdings haben komparative Studien für die OECD-Länder bewiesen, dass keine Korrelation zwischen Fiskalquote und Wirtschaftswachstum (und auch kein messbarer Zusammenhang zwischen Änderung der Fiskalquote und dem Wirtschaftswachstum) nachweisbar ist. Es gibt OECD-Länder mit hoher Fiskalquote und hohem Wachstum und Länder mit hoher Fiskalquote und tiefem Wachstum. Und es gibt OECD-Länder mit tiefer Fiskalquote und tiefem Wachstum (Beispiel Schweiz) und solche mit hohem

Wachstum. Jeder Steuerfranken oder Staatsausgabefranken ist eben auch ein Kaufkraftfranken (in Form von Löhnen oder Renten) oder ein Investitionsfranken durch öffentliche Aufträge. Dieser Kreislauffeffekt der Steuern wird oft ignoriert.

Sozialisierung von privaten Kosten

Wer nun aber glaubt, die dem Kapital Zugeneigten würden auf die Ausdehnung der Fiskalquote verzichten, lebt jenseits aller Wirtschaftswirklichkeit. Das ungesteuerte System der Marktwirtschaft produziert nämlich externe Kosten oder Folgekosten, die in der Regel umso grösser anfallen, je stärker die Liberalisierung und Privatisierung ausfallen.

Externe Kosten im engeren Sinn sind Lasten, die nicht vom Verursacher bezahlt, sondern von der Allgemeinheit (d. h. dem Staat, der Bevölkerung oder den späteren Generationen) angelastet werden. Folgekosten sind auch langfristige Lasten, die aus der privaten Produktion oder aus dem privaten Konsum erwachsen. Dazu kommen auch öffentliche Güter, Infrastrukturaufwendungen, die als blosse Voraussetzungskosten für die private Produktion zu betrachten sind. Selbstverständlich verursachen nicht nur der Kapitalismus und das Privateigentum externe Kosten. Diese fallen beim ungezügelter Produktionssystem auch in staatswirtschaftlichen und kommunistischen Produktionsmodellen an.

Überwälzung externer Kosten

Bund, Kantone und Gemeinden wenden derzeit rund fünf Milliarden Franken für Umwelt, Entsorgung und Raumordnung auf (2001).⁵ Die öffentlichen Ausgaben für Umweltschutz, Entsorgung und Raumordnung haben innert einer

Generation, von 1960 bis 1993, um das 55fache zugenommen. Das ist die Sozialisierung von externen Kosten. Je stärker die Werbewirtschaft Gewicht auf Verpackungen und Werbeträger legt, desto stärker fallen die Folgelasten für deren Entsorgung an. Wenn öffentliche Plätze in Städten und Bahnhöfen mit Flaschen, Verpackungen und Styropor-Emballagen übersät werden, sind diese Erscheinungen als externe Kosten der Fast-Food-Kultur à la McDonald's zu betrachten. Wenn öffentliche Körperschaften, Kirchgemeinden, aber auch Private jährlich Milliarden Franken für Sandstein- und Fassadensanierungen ausgeben, sind es ebenso Folgelasten des Privatverkehrs und der Feuerungen wie auch die gesundheitlichen Folgen von Bronchitis bei Kindern und Asthma bei Alten.

Arbeitsmarkt: Staat zahlt Liberalisierungskosten

Die Sozialausgaben der öffentlichen Hand sind in den 90er Jahren massiv angestiegen, was besonders von den Neoliberalen als Systemkrise beklagt wird. Die Spitzenrenner unter den wachsenden Sozialwerken, die Arbeitslosenversicherung ALV und die Invalidenversicherung IV, sind hier näher zu betrachten.

Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung betragen 1990 rund 500 Millionen Franken, jene im Jahr 2000 3,7 Milliarden Franken und im Jahr 2003 gar über fünf Milliarden Franken, also 10-mal mehr als 1990.

Die Ausgaben der IV verdoppelten sich von 4,1 Milliarden Franken im Jahr 1990 auf über 10 Milliarden im Jahr 2003, bei einem aufgelaufenen ungedeckten Schuldenberg von 6,3 Milliarden Franken.⁶

⁶ Bundesamt für Sozialversicherung BSV: Soziale Sicherheit, Nr.1/2004, S. 66 f.

Die Neoliberalen pflegen diese Ausgabenzuwächse im Sozialversicherungsbereich als Beweis für die Begehrlichkeit des Bürgers gegenüber dem Staat zu brandmarken. Doch in der Realität sind sie die direkten Folgelasten der Liberalisierung im Produktionssystem, der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die sozialen Folgekosten der Umstrukturierungen, Fusionen, Produktionsverlagerungen ins Ausland. Die stärkere und kurzfristigere Kapitalorientierung im Managementverhalten wurde nach dem Motto ausgerichtet: *Gewinne privat und die Kosten dem Staat.*

Die typische «Biographie» des Sozialversicherungs- und Sozialhilfeempfängers verläuft in folgenden Etappen: Der/die Beschäftigte wird wegen Konjunkturerinbruchs oder Umstrukturierung vom Betrieb entlassen und landet bei der Arbeitslosenversicherung (Schritt eins). Durch die Arbeitslosigkeit entsteht ein Qualifikationsverlust, ein Down-grading der Arbeitskraft bis hin zur psychischen Arbeitsunfähigkeit in Form von Depressionen und Verlust von Selbstwert. Der zweite Schritt nach der Aussteuerung ist die Unterstützung durch die Sozialhilfe des Kantons und der Gemeinde. Diese wiederum versuchen, der dritte Schritt, die Person als «Erwerbsbehinderte» und «Nichtvermittlungsfähige» an die Invalidenversicherung IV zu übergeben. Bei rationaler Betrachtung dieser Kausalkette lässt sich die Ausdehnung des Sozialversicherungssystems (von der demographischen Entwicklung einmal abgesehen) als *Sozialisierung von Kosten* des immer härteren Managementsystems interpretieren. Sozial Schwächere werden nicht nur konjunkturell, sondern strukturell aus dem Arbeitsprozess hinausgedrängt und dem System der öffentlichen Sozialversicherung übergeben – eine klassische Form von Sozialisierung von Kosten.

Staat zahlt Ausländerrekrutierung

Eine besondere Beachtung müssten den Folgekosten einer verfehlten Ausländerpolitik – ebenfalls auf Druck und Veranlassung der Privatwirtschaft inszeniert –, geschenkt werden. Die erleichterte Rekrutierung von unqualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den 80er und Anfang der 90er Jahre durch das Gastgewerbe, die Bauwirtschaft und die Landwirtschaft führte zu einer massiven Zunahme an unqualifizierten Arbeitnehmerschichten. Zunächst wurden Unqualifizierte als Saisonarbeitskräfte rekrutiert. Nach vier Jahren Arbeitsaufenthalt erfolgte die Umwandlung in eine Aufenthaltsbewilligung oder Niederlassung und die freie Wahl der Branche. Nach dem Kriseneinbruch wurden zuerst die weniger Qualifizierten nach dem Motto: Last in – first out entlassen und in das Sozialversicherungssystem abgeschoben.

Die von der Rechten politisch hochgespielte Problematik der Flüchtlinge und des Asylmissbrauchs ist im Vergleich zur Arbeitsmarktimmigration marginal: Nur vier Prozent aller Ausländer in der Schweiz sind unter dem Titel des Asylwesens (anerkannte Flüchtlinge, Asylgesuchsteller, humanitäre Aufenthaltsbewilligung) zu subsumieren; 96 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung sind durch arbeitsmarktliche Immigration und Folgeimmigration und Geburten verursacht.

Diese Rekrutierungsform für Ausländerinnen und Ausländer führte zur Situation, dass heute die ausländischen Personen mit 46 Prozent unter den registrierten Arbeitslosen viel stärker vertreten sind als bei der Erwerbsbevölkerung (mit 27 Prozent). Das Gastgewerbe und die Hotellerie, die sich am stärksten durch Rekrutierung billiger unqualifizierter Arbeitskräfte im Ausland bedienen, haben in den 90er Jahren 3-mal

mehr Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherungen verursacht, als ihre Branche an Prämien dorthin entrichtete. Auch bei der IV-Rente ist der Ausländeranteil an den Zahlungen mit 35 Prozent (22 Prozent IV-Ausländer in der Schweiz, 13 Prozent Zahlungen an rückgewanderte Ausländer/-innen im Ausland) überproportional hoch (NZZ 28.1.2004).

Diese Sachverhalte, die von xenophoben Kreisen zur Anprangerung der Ausländer-begehrlichkeit politisch missbraucht werden, sind, nüchtern und vorurteilslos betrachtet, als blosser Folgekosten der – vor allem in der Ära des Wirtschaftsministers Jean-Pascal Delamuraz inszenierten – Arbeitsmarkt- und Migrationsliberalisierung zu betrachten.

Economiesuisse: Widersprüchlicher Antifiskalismus

Economiesuisse, der meinungsführende Wirtschaftsdachverband, hat sich unter dem Präsidium von Ueli Forster zum Vorreiter der Anti-Fiskalquoten-Dogmatik gemacht. Der gleiche Verband scheut sich nicht, unter Berufung auf ausländische Beispiele eine Ausdehnung der staatlichen Exportrisikogarantie (ERG) auf private Delkredere-Risiken zu fordern.

Exportkredite sind eine Art Zahlungshilfe für Kunden schweizerischer Exporteure. Der schweizerische Lieferant von Maschinen, Kunststoffen (EMS-Chemie!) oder Pharmaprodukten gewährt dem Besteller im Ausland einen Bankkredit nach dem Prinzip: Kaufe heute – zahle später. Bisher hat die ERG des Bundes diese Kredite nur dann gegen eine Versicherungsprämie abgesichert, wenn der Kunde im Destinationsland eine staatliche Stelle war oder über eine Staatsgarantie verfügte. Durch die rasante Privatisierungswelle in den Ländern Osteuropas, Ostasiens und Lateinamerikas sind die Kunden zunehmend Privatfirmen.

Nun hat die Economiesuisse auf Betreiben der Maschinenindustrie den Bund dazu eingespannt, auch Exportkredite an Privatkunden zu garantieren. Auch hier wird wiederum operiert nach dem Grundprinzip des real existierenden Kapitalismus: *Gewinne privat und die Risiken dem Staat!*

Eine Umfrage des Seco bei der Privatassekuranz hatte zuvor ergeben, dass die Privatversicherungen Exportkredite nicht zu versichern bereit sind. Privatisiert wird das, was kleine Risiken birgt und gewinnträchtig ist, das *Unkalkulierbare wird dem Staat übertragen.*

Exportrisikogarantie: Internationale Verschuldung verpflichtet den Staat

Die Versicherungsnehmer der ERG berufen sich auf das vordergründige Argument, die ERG-Ausfälle würden durch die Versicherungsprämien ja gedeckt. Dies war zumindest in den 80er Jahren nicht der Fall, weil der Bund rund eine Milliarde Franken an Steuergeldern zur Ablösung früherer Schulden (Währungsrisiko) einschoss. Auch die heutige ERG-Rechnung, die sich ausgeglichen präsentiert, ist eine Verschleierung, die nur wenige Finanztechniker im Bundes-Bern durchschauen: Der kausale Einbezug der öffentlichen Gelder entsteht nämlich durch einen schrittweisen Folgeverlauf, an dessen Ende der Bund einspringen muss. Ein Entwicklungsland oder ein ehemals kommunistisches Transformationsland bezieht einen Exportkredit, welcher der ABB, Sulzer oder EMS-Chemie einen Export vorfinanziert. Oft wurden solche langfristigen Infrastrukturprojekte unter Verletzung aller Bankenregeln mit drei- bis sechsjährigen Exportkrediten vorfinanziert. Diese Exportkreditexpansion führte zur Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit mancher Entwicklungs- und Schwellenländer.

Im Pariser Club werden dann dem Schuldnerland neue Kredite der öffentlichen Hand, namentlich Umschuldungs- oder Schuldenkonsolidierungskredite des Bundes (finanziert aus dem Wirtschafts- und Währungshilfe-Rahmenkredit) oder Kreditfazilitäten des Internationalen Währungsfonds IWF (finanziert aus Notenbank- oder Staatsgeldern), gewährt. Diese öffentlichen Neukredite dienen zur Ablösung *bestehender* Schulden, unter anderem zur Zurückzahlung von Exportkrediten. Damit wird die ERG buchhalterisch ausgeglichen, doch die Refinanzierung erfolgt mit öffentlichen Geldern, nur wird der Finanzierungsmechanismus dem Steuerzahler verschleiert. Im ERG-Sekretariat, das beim Dachverband der Maschinenindustrie (Swissmem) in Zürich domiziliert ist, arbeiten drei Sachbearbeiter allein für das Eintreiben von Schuldenkonsolidierungskrediten. Die ausgeglichene ERG-Bilanz ist eine geschickte *finanzkosmetische Täuschung!*

Das Prinzip bleibt nämlich auch hier: Privatisierung von Gewinnen (beim Exporteur und bei der Exportbranche) und Sozialisierung von Folgeschuldenlasten. Die Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte seit den 80er Jahren führte zu diesem Preis für die Staatshaushalte.

Sozialisierung von Risiken

Die Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte brachte nicht etwa im gleichen Masse eine Privatisierung der Risiken. Im Gegenteil, durch exorbitante Kreditausweitungen des internationalen Bankensystems entstanden systemische Risiken, die de facto durch die Notenbanken und die Staatshaushalte abgesichert werden, auch wenn sich aus Präventivgründen niemand dazu bekennen mag. In grossen Finanzkonglomeraten gilt das Prinzip: *Too big to fail.*

Würden die UBS, die Credit Suisse oder die Swisslife/Rentenanstalt in Solvenzprobleme geraten, müssten die (öffentlichen) Vermögen der Schweizerischen Nationalbank oder allenfalls Bundesmittel das Überleben garantieren. Selbst die Swissair/Swiss wurde als «Too big to fail» betrachtet. Grosse Finanzgebilde haben de facto eine Staatsgarantie, die auch dann besteht, wenn dies aus verständlichen Gründen vom Finanzminister hörbar dementiert wird.

Swissair: Die Kosten dem Staat

Insgesamt 2,7 Milliarden Franken haben Bund und Kantone zusammen in den Jahren 2001/2002 in die Swissair/Swiss-Gruppe gesteckt. Diese Mittel sind seither fast gänzlich zerstäubt worden, ohne dass die Arbeitsplätze, die man hätte retten wollen, erhalten geblieben sind. Unterstützt wurden diese öffentlichen Mittel nicht nur von der Linken, die sich auf gewerkschaftliches Betreiben (Arbeitsplätze!) in diese Strukturhaltung verrannt hat, sondern auch durch grosse Teile der bürgerlichen Fraktionen ausser der SVP. Die Bürgerlichen haben auf Geheiss der Bahnhofstrasse und involvierter Konzernmanager diese wirtschaftspolitische Fehlleistung trotz knapper Staatsfinanzen forciert. Auch diese Finanzierungsoperation galt einer Firma, die zuvor den Anspruch auf volle Privatwirtschaftlichkeit für sich beansprucht hatte.

Staat zahlt Liberalisierung im Agrarbereich

Wir müssten ein Buch schreiben, um die Entwicklung der Staatsausgaben im Einzelnen zu analysieren und um diese auf die Kausalfaktoren, die direkt mit der Liberalisierung zusammenhängen, zurückzuführen. Bei der schweizerischen Landwirtschaft haben wir in etwas mehr als einem Jahrzehnt eine Zunahme der Direktzahlungen des Bundes von fast null auf heute über 2,5 Milliarden Franken pro Jahr praktiziert, die

derzeit neben den 600 Millionen Franken an produktbezogenen Subventionen und Marktstützungen ausbezahlt werden.

Diese expandierten Direktzahlungen sind exakt die Komplementärkosten der Marktliberalisierung: Im Jahr 1990 war der Agrarmarkt durch Importverbote und Importkontingente (sog. Dreiphasensystem), durch hohe Importzölle und Handelsschranken protegiert. Die durch das Gatt/WTO-Handelsregime ausgelöste Marktliberalisierung führte zum Abbau des Protektionismus und gleichzeitig zur Finanzierung der Landwirtschaft über den Staat, durch Erhöhung der Staatsausgaben und der Fiskalquote.

Auch dieser Systemwechsel vom Protektionismus zum Direktzahlungssystem ist übrigens vom Wirtschaftsdachverband Vorort (heute Economiesuisse) forciert und voll mitgetragen worden – *eine systeminhärente Überwälzung der Liberalisierungskosten auf den Staatshaushalt.*

3. Die Dominanz der Finanz

Kein Wirtschaftsfeld hat weltweit eine derartige Deregulierung und Liberalisierung durchgemacht wie die internationalen Finanzmärkte. In aller Stille sind unter Federführung des Internationalen Währungsfonds IWF und ausgelöst durch die Deregulierung des Londoner Finanzmarktes, seit Mitte der 80er Jahre die grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen massiv dereguliert worden. Dies hat zu einer fast explosionsartigen Zunahme der nichtinduzierten Kapitalströme geführt:

1985 waren die grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen zehnmal grösser als das Welthandelsvolumen. 1995, zehn Jahre später, waren sie bereits 70-mal grösser.⁷ Der weltweite Derivate-Handel erreichte in den 90er Jahren mit über hunderttausend Milliarden Dollar an ausstehenden Nominalbeträgen ein astronomisches Volumen, verbunden auch mit grossen Risiken im internationalen Finanzsektor (sog. systemische Risiken).

Irrationale Exzesse

Die Kapital- und Finanzmärkte tendieren, so hat das vergangene Jahrzehnt gezeigt, zu Ungleichgewichten und Exzessen. Das gleichgerichtete Marktverhalten führt zu systemischen Risiken, d. h. zu Gefährdungen im internationalen Finanz- und Bankensystem. Die Einschätzung von Börsenwerten unterliegt einem Herdenverhalten und der Psychose der Finanzmarktakteure. Der amerikanische Notenbankchef, Alan Greenspan, sprach in seiner berühmten Rede vor dem Senatsausschuss von «irrational exuberance», vom irrationalen Überschwang der Märkte.

Die Gewinne und Verluste an den Finanzmärkten sind nicht, wie das Lehrbuchmodell bei der Spekulation suggeriert, ein Nullsummenspiel; sondern sie sind extrem asymmetrisch und unverteilt: Die Banken- und Finanzmarktintermediäre profitierten als Devisen- und Aktienhändler durch Kommissionen, Courtagen und kurzfristige Eigenbeteiligungen sowie durch Verkaufswissen und Insiderkenntnisse. Bankanalysten, die zweckoptimistische Kaufprognosen an Kunden abgaben, wurden sogar am Aktienumsatz der Bank beteiligt. Die Objektivität der Firmenbewertung war verflo-

⁷ Wallstreet Journal/NZZ 30.9./1.10 1995 S. 21.

gen, der Manipulation und Irrationalität waren Tür und Tor geöffnet. Doch die Träger dieser immensen Börsenverluste waren weder die Bankiers noch ihre Investmentbanker und Analysten, sondern die Pensionskassen, deren Versicherte, die Rentnerinnen und Rentner und die beitragszahlenden Arbeitgeber. Ebenso waren es die nichtprofessionellen Kleinanleger, die am meisten Vermögen verloren haben.

Diese Exzesse und Ungleichgewichte an der Börse hatten allerdings auch eine volkswirtschaftliche Folgewirkung: Die Verluste und Unterdeckungen bei den institutionellen Anlegern (Pensionskassen, Versicherungen) haben nicht nur zur Zerstörung von Rentenansprüchen («Rentenklaue») geführt, sondern die Rezession 2002/2003 verschärft.

Produktionsfirmen zum Spielball gemacht

Die Deregulierung im Aktienrecht – Abschaffung der Vinzulierungspraxis, Liberalisierung des Börsenhandels, Einführung der frei handelbaren Einheitsaktie – führte in der realen, d. h. produzierenden Wirtschaft, zur Dominanz des Finanzkapitals. Grosse und ehemals stolze Traditionsfirmen wurden zum Spielball von Börsenraiders, Spekulanten und kurzfristig kalkulierenden Anlegern. Mit neuen Anlagevehikeln drangen sie in die Aktienmärkte ein und machten vor allem jene Traditionsunternehmen, die keinen beherrschenden Aktionär kannten, zum Spielobjekt der kurzfristigen Börsenmanipulation. ABB, Ascom, Sulzer wurden zeitweilig zu Objekten von Investoren, die (neben den unternehmerischen Fehlentscheidungen des Managements) auf kurzfristige Börsengewinne pochten oder eine Aushöhlung (asset stripping) anvisierten.

In aller Stille kaufte der Financier Martin Ebner Aktienpakete der Schweizerischen Bankgesellschaft, später der ABB

und der Roche, mit dem Ziel, durch einen beherrschenden Einfluss eine Fusion oder eine kurzfristige, börsenwertwirksame Umstrukturierung zu erzwingen. Ähnliches gelang dem Financier Müller-Möhl mit Ascom. Und Ähnliches versuchte der Financier Braginsky mit Sulzer.

Den Traditionsunternehmen wurde, damals von der Finanzpresse heiss begrüsst, von solchen Financiers die Auflage auferlegt, die Eigenkapitalrendite (Return on Equity) von bisher fünf bis acht auf neu 15 bis 20 Prozent zu erhöhen. Um diese unsinnige, volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigende Zielsetzung zu erreichen, wurden in dieser Zeit die Fusionen zwecks Senkung des Eigenkapitals forciert und mit kurzfristigen Manipulationen der Shareholder Value frisiert.

Exorbitante Kapitalabschöpfung

Wie der Treuhänder Willy Huber ins seinem Buch vorge-rechnet hat, hat Martin Ebner aus seinen vier Kapitalbetei-ligungsgesellschaften (Pharma-Vision, Stillhalter-Vision, BK-Vision und Gas-Vision) in der Boomphase 1992 bis 1998 rund drei Milliarden Franken an Geschäftsführungshonoraren für seinen BZ-Trust abgeführt, neben 153 Millionen Franken an persönlichen Verwaltungsratshonoraren für die je drei Ver-waltungsratsmitglieder dieser Visionen.⁸

Martin Ebner hat mit seinem System der Visionen – dies wiederum ist systemtypisch – eine Regulierungslücke ausge-nützt, nämlich die Tatsache, dass Kapitalbeteiligungsgesell-schaften nicht dem Anlagefondsgesetz unterstellt sind und damit die Verwaltungsgebühren frei und ohne Marktorientie-rung abgesogen werden dürfen. Der Bundesrat hat nun auf

⁸ Willy Huber: Wie die Geldmaschine von Martin Ebner funktioniert. Seewen, Selbstverlag 1999, S. 95.

Grund dieser Erfahrungen die Absicht bekundet, die Kapitalbeteiligungsgesellschaften auch dem Anlagefondsgesetz zu unterstellen.

Mehr Fusionsschäden als -nutzen

Was hat nun diese, meist von den Kapitalmärkten erzwungene und mit Managerentschädigungen geköderte Fusionswelle der 90er Jahre tatsächlich gebracht? Nach einer Ex-post-Analyse sind diese Fusionsvorgänge mehrheitlich zum Flop geworden: Eine Untersuchung von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG zeigte, dass bei 54 Prozent aller Fusionen der Marktwert des Eigenkapitals reduziert statt erhöht worden ist. Bei 13 Prozent gab es keinen messbaren Erfolg und bei 33 Prozent resultierte per Saldo eine Wertschöpfung aus der Fusion. 9) In den USA gab es ähnliche Resultate.

Bei praktisch allen Mergers (Firmenzusammenschlüssen) sind Arbeitsplätze in grosser Zahl liquidiert und industrielle Aktivitäten stillgelegt worden, nur weil sie unterdurchschnittlich rentabel – aber immer noch rentabel – gewesen waren.

Die Dominanz der Kapitalmärkte und der Finanztechniken über die reale, produzierende Wirtschaft hat die Logik der Industrietätigkeit verändert, auf kurzfristige Sichtweisen ausgerichtet und nach der Shareholder-Logik umgestaltet. Wir werden in These 4 aufzeigen, dass sich diese Gewichtsverschiebung auch in Bezug auf die Verteilung zwischen Kapital und Arbeit statistisch nachweisbar niedergeschlagen hat.

⁹ KPMG: Mergers and Acquisitions Research Report, KPMG (CH) Transaction Services. Dezember 2000, Seite 8.

Behindertes KMU-Wachstum

Der Finanzplatz in der Schweiz erlebte in den letzten Jahren einmalig tiefe Zinsen. Banken erhielten im April 2004 das kurzfristige Geld von der Nationalbank für weniger als 0,5 Prozent (Reposatz Libor). Für die Spareinlagen verrechneten sie 0,5 bis 1,5 Prozent, also einmalig tiefe Zinsen. Doch für Geschäfts- und Betriebskredite an kleinere und mittlere Unternehmen belasteten sie, wenn diese keine Sicherheiten vorweisen, sieben bis zehn Prozent Jahreszins, also fast einmalig hohe Zinslasten. Die Zinsen für ungesicherte KMU-Kredite sind heute relativ drei bis vier Prozent höher als vor einem Jahrzehnt (relativ heisst, verglichen mit der Durchschnittsrendite von Bundesobligationen).

Die Angaben von sieben bis zehn Prozent Zinsbelastung der Geschäftskredite stammen aus Treuhänderkreisen, die ihrerseits in die Betriebsbuchhaltungen von hunderten von KMU Einblick haben, und sie wurden in Hearings der nationalrätlichen Wirtschaftskommission bestätigt.¹⁰

Die Grossbanken reduzierten von 1997 bis 2002 ihr Volumen an Geschäftskrediten für die KMU um 61 Milliarden Franken oder um 30 Prozent.¹¹ Gleichzeitig erhöhten aber die Kantonalbanken ihre KMU-Geschäftskredite um sieben Prozent; sie sprangen also teilweise in die Lücke, die die Grossbanken hinterlassen hatten. Das grosse internationale Kapital, auch dies ein Trend der Finanzmarkt-Globalisierung, lässt die Kleinen und die Realwirtschaft fallen.

¹⁰ Als KMU definieren wir Unternehmen mit ein bis 250 Beschäftigten. Diese umfassen in der Schweiz 99,7 Prozent aller Unternehmen mit 66 Prozent der Beschäftigten.

¹¹ M. Pedergnana/Chr. Schacht: KMU-Kreditfinanzierung im Wandel. In: Schweizer Treuhänder Nr. 8/03, S. 599 f.

Die erwähnte Hochzinspolitik wurde begründet und gerechtfertigt mit dem Kundenrating auf Grund der sog. Basler Empfehlungen (Basel I) des Basler Ausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die Mitte der 90er Jahre eingeführt und durchgesetzt worden waren. Dieses Rating führt zu einer ausgeklügelten und kostspieligen Bonitätsüberprüfung der Kunden und zu einer nie gekannten Spreizung der Zinssätze auf Grund der Risikoeinschätzung durch die Bank. Im Endeffekt stellt sie erstens eine *Risikoaversion der Banken* dar – ausgerechnet jener Kreise, die am stärksten die Risikobereitschaft in der Marktwirtschaft predigen. Und zweitens handelt es sich vermutlich um ein kartellähnliches, gleichgerichtetes Verhalten mit besonderer Rechtfertigung, nämlich der Begründung unter Berufung auf die Basler Empfehlungen, die übrigens bis 2007 mit «Basel II» noch akzentuiert und differenziert werden.

Bei den Geschäftskrediten können wir de facto eine Oligopol-Situation mit einer grossen Marktmacht von dreien feststellen, nämlich der UBS, der Credit Suisse und der jeweiligen Kantonalbank. Diese drei zusammen verfügen über einen Marktanteil von nahezu 80 Prozent bei den Geschäftskrediten.

Nicht die auf Grund der Bonitätseinschätzung abgestufte Zinsgestaltung ist störend, sondern die enorme Spreizung der Zinsgestaltung auf Grund der Risikoeinschätzung *sieben bis zehn Prozent Zinssatz für Fremdgelder behindern das Wachstum*. Wir kennen Kleinunternehmer, die ihre Expansion nur gerade so weit treiben, dass sie nicht auf Fremdgelder von Banken angewiesen sind, obschon sie stärker wachsen könnten.

Dominanz der Finanz bringt volkswirtschaftliche Nutzen und Kosten

Die Liberalisierung der Finanzmärkte machte den Finanzplatz Schweiz zum Gewinner. Er verwaltet heute unter allen Spar- und Anlageformen grössenordnungsmässig 4500 Milliarden Franken an Vermögen, dies entspricht dem Zehnfachen des Bruttoinlandprodukts (2003). Etwa 60 Prozent dieser astronomischen Vermögenssumme stammen aus dem Ausland, 40 Prozent aus dem Inland. Gemäss der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erwirtschafteten die Finanzintermediäre neun Prozent der Wertschöpfung der Schweiz (nicht 14 Prozent, wie von Bankenseite behauptet wird).

Auf die Spargelder aus dem Ausland wäre die schweizerische Volkswirtschaft nicht angewiesen, denn der Sparüberhang im Inland führt dazu, dass wir auch ohne diese Auslandvermögen Nettokapitalexporteure sind.

Die *Dominanz der Finanz* hat auch ihren Preis, nämlich die volkswirtschaftlichen Folgewirkungen:

- Die Marktmacht der Banken führt zu teuren KMU-Krediten und behindert das Wachstum;
- die Folgen der Volatilität der Finanzmärkte, zum Beispiel der Börsenspekulation, destabilisieren die Wirtschaft;
- die Folgen des *teuren Frankens* benachteiligen die Exportindustrie und führen dazu, dass die Produktivitätssteigerung ins Ausland verschenkt oder die Produktion ins Ausland verlegt wird;
- die Folgen der Kapitalfluchtbegünstigung schaden dem Ruf der Schweiz und bringen uns aussenpolitisch in die Isolation gegenüber der EU und der OECD.

Wir haben uns bei dieser Darstellung zugegebenermassen auf Arbeitshypothesen, allerdings auf real erfahrene, gestützt. Eine realistische und unvoreingenommene volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse der Dominanz der Finanz würde viele interessenmässig verbreitete Dogmen relativieren. Das Dogma «was gut ist für die UBS (resp. CS), ist gut für die Schweiz», muss als das genommen werden, was es ist, nämlich ein Glaubenssatz mit ideologischem, aber kaum bewiesenem Gehalt.

4. Wer da hat, dem wird gegeben ...

Die Marktwirtschaft ist bezüglich der Güterproduktion das effizienteste Wirtschaftssystem, doch bezüglich Güterverteilung und Teilhabe am gesellschaftlichen Nutzen ist sie nicht automatisch gerecht. Vielmehr schafft der freie Marktprozess, wenn er ungesteuert abläuft, Disparitäten und gar neue Armut.

Wer kennt ihn nicht, den allgegenwärtigen, dem kapitalistischen Wirtschaftswachstum unterstellten Trend nach Matthäus 25,29: *«Wer da hat, dem wird gegeben; und wer nicht hat, dem wird genommen werden, was er hat ...»?*

Der ethische Anspruch nach Verteilungsgerechtigkeit wird von den Apologeten des Kapitals despektierlich als «Egalitarismus» oder gar mit dem Killerwort «Neidökonomie» schlecht gemacht; früher hörte man auch den Vorwurf der kommunistischen Utopie.

Selbst Befürwortern der Wettbewerbswirtschaft (der Schreibende zählt sich zu ihnen) muss es zu schaffen machen,

dass die Verschärfung des Wettbewerbs und die Globalisierung die Disparitäten bezüglich Einkommen und Vermögen enorm anwachsen lassen. Reichste Volkswirtschaften, wie die amerikanische oder die schweizerische, produzieren nicht nur Reichtum, sondern auch Neue Armut und drücken Menschen unter das Niveau des Existenzminimums. Es macht den Kapitalismusbefürwortern ebenso zu schaffen, dass die globale Marktwirtschaft zu marktbeherrschenden Stellungen von multinationalen Konzernen führt, die ihrerseits den Markt wiederum aushebeln. *Die Frage der zunehmenden Ungleichheit, die der Marktprozess hervorruft, ist auch für die Verteidiger des Kapitalismus ein intellektuell schwer zu verkräftender Tatbestand.* Denn der wettbewerbsorientierte Marktprozess müsste ja gerade nach der Rechtfertigungslehre der freien Marktwirtschaft zu einer grösseren Verteilung von Gütern und Chancen führen.¹²

Pervertierte Lohn disparitäten

Vor 20 Jahren galt die Faustregel, dass in einer Firma als sozialer Organisation die Disparität zwischen dem tiefsten und dem höchsten Salär für einen Vollzeitjob 1:10 beträgt, im Extremfall bei den Banken vielleicht 1:20. Beim Staat gelten heute noch diese Verhältnisse, ebenso bei fast allen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Dass sich dieses Verhältnis indes bei Grosskonzernen wie UBS, CS, Nestlé, Novartis zu einer Schere von 1:400 bis 1:500 geöffnet hat, hat weder mit Marktlöhnen noch mit Leistung etwas zu tun; es ist bloss der Ausfluss eines pervertierten Machtsystems einer Wirtschaftselite, die ihre politisch-institutionelle und ökonomische Macht jenseits aller Wettbewerbsmechanismen zur persönlichen Bereicherung missbraucht. Auf die soziologische *Cha-*

¹² Antony Giddens: Die Frage der sozialen Ungleichheit. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 2001, S. 38.

rakterisierung dieser Wirtschaftselite werden wir in der *wichtigen These 7* zurückkommen.

Armut im Reichtum

Es ist, bei aller intellektuellen Differenzierungsakrobatik rund um den Armutsbegriff, unverständlich und nicht zu rechtfertigen, dass es ausgerechnet die reichsten kapitalistischen Gesellschaften – etwa die USA, England, die Schweiz – fertig gebracht haben, auch Neue Armut zu schaffen.

Nach einer Studie des Staatssekretariats für Wirtschaft, Seco, sind auf Grund der Arbeitsmarktliberalisierung und der deregulierten Migrationspolitik in der Schweiz 150 000 prekäre Arbeitsverhältnisse (also Arbeitsverhältnisse mit nichtexistenzsicherndem Lohn) entstanden.¹³

Auf Grund der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung wissen wir, dass 7,5 Prozent der Erwerbstätigen zu den Working poor zu zählen sind, wobei gerade neue Armutskonstellationen der Neuen Armut, wie Alleinerziehende, Alleinstehende, Landwirte, dazu gehören.¹⁴

Kapital und Arbeit

Wir haben in These 3 auf den Trend zur «Dominanz der Finanz» in der produzierenden Wirtschaft verwiesen und deren Mechanismus skizziert. Diese Gewichtverschiebung hat ihren Ausfluss auch in den unterschiedlichen Ertrags- und Wachstumsraten zwischen Kapital und Arbeit.

¹³ Seco/Ecoplan: Prekäre Arbeitsverhältnisse in der Schweiz (Einkommensschwelle 42 000 Franken pro Jahr für Vollzeitstelle 2002). Seco 2003, S. 13.

¹⁴ Bundesamt für Statistik BFS: SAKE/News Nr. 6/2001, Tab. G1.

Von 1991 bis 2000 haben die an der Schweizer Börse kotierten Gesellschaften die Dividendenausschüttungen von 5,3 auf 16,7 Milliarden verdreifacht (also plus 215 Prozent). Die ausbezahlten Löhne jedoch haben sich in dieser Zeit des Aktionärsdorados von 1991 bis 2000 nominell nur mit plus 15 Prozent entwickelt; nach Abzug der Teuerung waren es real über die ganze Periode hinweg nur gerade plus ein Prozent.¹⁵

Plus 215 Prozent für das Kapital gegen plus 15 Prozent für den Faktor Arbeit. Auch diese Disparitäten stehen, selbst wenn man die stärkere Kapitalausstattung und die Entwicklung der Arbeits- und Kapitalproduktivitäten in Betracht zieht, jenseits jedes erklärbaren Marktprozesses. Sie sind nur durch die in These 3 dargestellten Verschiebungen in den Machtstrukturen zu Gunsten der Kapitaleseite erklärbar. Diese Umverteilungsprozesse und die Begrenzung der Lohnentwicklung in den 90er Jahren haben übrigens – abgesehen von den geldpolitischen Fehlleistungen des damaligen Nationalbankdirektoriums von 1991 bis 1996 – zum Beinahe-Nullwachstum der schweizerischen Volkswirtschaft geführt. Denn jeder Ökonom weiss, dass die Konsumquote der unteren Einkommen viel höher ist als jene der Wohlhabenden und dass die hohe Sparquote in der Schweiz angesichts des volkswirtschaftlichen Sparüberhangs im Inland kaum zusätzliches Wachstum auslöst.

Globale Disparitäten

Die Analyse der globalen Wirtschaft steht hier nicht im Vordergrund dieser Analyse. Doch als ehemaliger «Tiers-Mondiste» (ich begann meine Karriere als junger Ökonom als Consultant bei der Unctad, später als Leiter bei der Erklärung

¹⁵ Berechnet aus Berichten Schweizer Börse, Bank Vontobel, Lohnindex BFS, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung BFS, div. Jahrgänge.

von Bern) kann ich nicht darauf verzichten, auf die wachsenden Disparitäten der Weltwirtschaft zu verweisen:

Seit der Wirksamkeit der Uruguay-Runde (ab 1995) haben die industrialisierten Länder und einige asiatische Schwellenländer («Tiger-Staaten») durch die globalisierten Handelsliberalisierung massiv gewonnen, doch die ärmeren und älteren Entwicklungsländer sind vollends abgehängt worden. Der Weltmarktanteil des ganzen afrikanischen Kontinents fiel seit-her von acht auf zwei Prozent, jener Lateinamerikas von elf auf fünf Prozent, während die 49 ärmsten Länder (Least developed) zusammen nur noch gerade über 0,4 Prozent Weltmarktanteil verfügen.¹⁶

Die Schwellenländer, die den stärksten Wachstumsprozess und den grössten Weltmarktanteilsgewinn seit der Uruguay-Runde für sich beanspruchen konnten, waren übrigens nicht hyperkapitalistische Staaten, die sich nur der Privatisierung und dem Liberalismus verschrieben hatten, sondern Länder mit einem hohen Grad an staatlicher Handelsregulierung und einem verbleibenden (wenn auch gelockerten) staatlichen Protektionsgrad: Es waren Indien, China, Südkorea, Taiwan, Malaysia, Uganda. Alle diese *«Erfolgsmodelle» sind nicht ein Erfolg des liberalisierten Kapitalismus, sondern ein Beweis einer staatlich gelenkten Wachstumsstrategie* mit einer geschickten Kombination von kapitalistischen und etatistischen Elementen.

Zu diesen wachsenden Disparitäten in der Welt sind gewiss zahlreiche Erklärungsversuche unternommen worden, sie wurden im Rahmen der Weltbankdebatte auch ins Feld

¹⁶ WTO Annual Trade Report 2000. Dot Keet: Tactical and strategic challenges to the current global trade systems an regime. South Africa/Porto Alegre 2002.

geführt. Wachstums- und Behinderungsfaktoren wie Bildungsvoraussetzungen, fehlende Good Governance, Clanwirtschaft sind ebenso einzubeziehen. Wer diese negativen Folgen der globalen Liberalisierung einfach ignoriert, ist nicht nur sozial und ethisch, sondern auch geopolitisch blind.

5. Systeminhärente Kurzsichtigkeit

Der Kapitalismus ist an sich ein Wirtschaftssystem, das auf langfristige Entwicklung, langfristige Technologie- und Humankapitalentwicklung und nachhaltige Kapitalrendite angelegt wäre. Doch wie präsentiert sich die Wirtschaftswirklichkeit der letzten Jahre?

Der ökonomische Mainstream der Finanzmarktakteure der 90er Jahre drehte sich fieberhaft um den Shareholder Value. Es gab grosse Debatten um Sinn oder Unsinn der Eigenkapitalrendite als Bewertungskennziffer. Diese Auseinandersetzung ist vorläufig beendet, und manche Protagonisten der kurzfristigen Börsenoptik lassen sich heute ungern an ihre damaligen Glaubenssätze erinnern.

Essenziell ist die Frage der Fristigkeit in der wirtschaftlichen Betrachtung, der Analyse und der Unternehmensplanung geblieben. Das Konzept des *Shareholder Value war nämlich die Hochblüte der kurzfristigen Betrachtungsweise, der kurzsichtigen Orientierung an abstrakten Finanzkennziffern, die ebenso kurzfristig manipulierbar waren.*

Kurzsichtige Kurzfristigkeit

Kennzeichnend für den modernen, vom Finanzkapital geprägten Kapitalismus ist die kurzfristige Optik: Die Unter-

nehmensbeurteilung durch die Analytiker erfolgt in Dreimonatsabständen, der Lebenszyklus der Chief Executive Officer (CEO) wird kürzer, die Entwicklungszeiten und Markteinführungen werden ebenso kurzfristiger wie die Produktelebenszyklen auf dem Markt. Angetrieben ist diese Kurzfristigkeit – und ökonomisch oft Kurzsichtigkeit – wiederum durch die Dominanz der Finanzmärkte auf die Realwirtschaft (siehe These 3).

Realitätsfremder Produktelebenszyklus

Es gehört zum industriellen System, dass Produkte einen mehrjährigen Lebenszyklus von der Forschung – Entwicklung – Markteinführung – Marktdiffusion bis hin zur Patenterschöpfung durchlaufen (ein Zyklus, der übrigens kürzer wird). Es gehört ebenso zum Industriesystem, dass einzelne Betriebe kommerzielle Durststrecken durchlaufen, bedingt durch unetwete technologische Schübe oder konjunkturelle Zyklen. Ist es da nicht absurd und realitätswidrig, dass von den börsenkotierten Gesellschaften Dreimonats-Bilanzabschlüsse verlangt werden? Da unterwirft sich ein System, das inhärent auf Strukturwandel, technologische Zyklen und kurzfristige Konjunkturschwankungen ausgelegt ist, der Logik einer dominanten Gruppe und richtet sich bei der Firmenbewertung auf Quartalsabschlüsse und Halbjahresprognosen! Wehe, wenn eine Unternehmung in den USA dreimal nacheinander schlechte Quartalsabschlüsse vorweist, da gerät bereits das Management ins Wanken, auch wenn es unschuldig ist.

Ein Konzernentwicklungsprozess müsste sich auf eine *nachhaltige Planung* hin orientieren, an den *mehrjährigen* Forschungs- und Entwicklungsprozessen der umsatzträchtigen Produkte, an den technologischen Erneuerungszyklen oder

an den Marktdurchdringungsperioden, alle sind von mehrjähriger Natur.

Vom Blendertum kurzfristiger Managerkarrieren

Das Konzept eines idealen Lebenszyklus für den CEO-Posten beträgt nach allgemeiner Auffassung etwa acht bis zehn Jahre. Doch dies erweist sich unter der *Diktatur des Kurzfristigen* offensichtlich als unzutreffend. Die Konzernführer werden immer kurzlebiger. Von 30 befragten schweizerischen Konzernchefs (Stufe CEO) waren 23 weniger als fünf Jahre im Amt und lediglich deren drei hatten das Mandat mehr als zehn Jahre ausgeübt. Das war im Jahre 1998. Von den gleichen, später wiederum befragten 30 Konzernchefs hatten 2003 nur gerade deren sechs ihre Funktion als CEO noch inne. Deren 21 sind inzwischen abgehalftert worden, drei konnten sich ins Verwaltungsratspräsidium retten.¹⁷

Die Diktatur des Kurzfristigen zwingt die Manager zu kurzfristigem Erfolgsausweis, zu Blendertum, zu Bilanzmanipulationen, zum Creative accounting, und es findet den Niederschlag in kurzfristigen Entschädigungssystemen mittels Optionen und Boni, die wiederum das Managementverhalten zu egozentrischen Bereicherungsmechanismen umformen.

Humankapital Bildung geopfert

Der Wirtschaftsprozess in der Marktwirtschaft müsste an sich auf Nachhaltigkeit ausgelegt sein, z. B. auf Investitionen in Humankapital, d. h. in Bildung, Weiterbildung, Qualifikationsverbesserung, Betriebsloyalität. Diese Faktoren sind nur langfristig valorisierbar.

¹⁷ Sabina R. Kormann-Bodenmann: Der Wechsel des Chief Executive Officer und seine Auswirkungen auf die Mitarbeiter des Unternehmens. Bern 1999, und: NZZ 4./5.1.2003, S. 24.

Als Indikator für den kurzfristigen Eigennutz könnte die Berufsbildungstätigkeit in der Privatwirtschaft herangezogen werden. Es gehört zweifellos zu den wichtigsten Standortfaktoren des schweizerischen Wirtschaftsplatzes – wenn nicht zum entscheidendsten Wettbewerbsfaktor überhaupt –, dass bei uns Lehrlinge in Betrieben nach dem Dualsystem (teils betriebliche Ausbildung, teils schulische Qualifikation) ausgebildet werden. Im Jahre 1985 bildete noch jeder dritte Betrieb in der Schweiz Lehrlinge aus (33 Prozent aller Betriebe). Laut Betriebszählung 1995 war jeder fünfte Betrieb ein Lehrbetrieb (21 Prozent), und heute bietet nur noch jeder sechste Betrieb in der Schweiz überhaupt Lehrstellen an (16 Prozent). Immer mehr Firmen sind einfach Nutzniesser und Trittbrettfahrer, immer mehr Betriebsleiter und Manager verzichten auf derartige langfristige Investitionen ins Humankapital. Dabei kennzeichnen sich vor allem die Betriebe in den neuen Berufen, in Hightech- und New-Economy-Branchen sowie ausländische Firmenniederlassungen durch Absenz in der Berufsbildung aus, während die KMU im Sekundärsektor überproportional viele Lehrlinge ausbilden.

Als Faustregel galt während Jahrzehnten, dass in einer Firma sechs Lehrstellen oder Ausbildungsplätze auf 100 Vollzeitbeschäftigte zur Verfügung stehen. Unter der *Diktatur der Kurzsichtigkeit* wird diese volkswirtschaftlich bedeutende Anforderung nur noch von einer Minderheit erfüllt. Dabei wäre die Humankapitalinvestition das wichtigste Moment zur Bewältigung des Strukturwandels im schumpeterschen Kapitalismus.

Kurzsichtige Ressourcenstrategie

Erst recht zerstörerisch verhält sich diese Diktatur des Kurzfristigen in Bezug auf die globale Ressourcenbewirt-

schaftung. Nachhaltigkeit heisst, eine Wirtschaftsentwicklung so zu gestalten, dass sie die Chancen und Ressourcen zukünftiger Generationen nicht schmälert. *Nachhaltigkeit* heisst rationelle Energiebewirtschaftung, Steigerung der Energieeffizienz, Einsparung von natürlichen Ressourcen. Langfristige, geostrategische Planung bedeutet, mit Erdölpreisen zu rechnen, die viel höher sind als die aktuellen Marktpreise. Denn *die heutigen Marktpreise widerspiegeln weder die externen Kosten noch die mutmasslichen Preiserhöhungen der Zukunft*. Alle wissen, dass die Klimabalance nachhaltig gestört wird, der CO₂-Gehalt der Atmosphäre zunimmt, die Ozeane überlastet, verschmutzt, und überfischt werden, und doch tendiert die Mainstream-Ökonomie des liberalisierten und deregulierten globalen Kapitalismus auf Kurzfristigkeit. Alle Standesregeln von Nachhaltigkeit und Permanenz werden systematisch verletzt, wobei wir einräumen, dass die schweizerischen Konzerne in Sachen Umweltschutz eine höhere Globalverantwortung an den Tag legen als zum Beispiel die angelsächsischen. Ohne öffentliche Leitplanken und Pflichten wirkt sich die Diktatur der Kurzfristigkeit systemzerstörerisch oder mindestens langfristig systemverteuernd aus.

6. Demokratie wird deklariertes «Störfaktor»

Wir haben die alten Liberalen immer so verstanden, dass sie von einer Wechselwirkung zwischen Demokratie und liberalen Wirtschaftssystem ausgehen, ja, dass sich Demokratie und Liberalismus gegenseitig bedingen. Für den Liberalismus war die Demokratie eine Garantin für Eigentumsrechte, Wirtschaftssicherheit und Meinungspluralismus. Hauptanliegen des Altliberalen war wohl nicht die egalitäre Partizipation der Bürger, aber immerhin galten ihm die demokratische Beteili-

gung aller und die Chancengleichheit als konstituierende Merkmale der Freiheit.

Der gesellschaftsliberale Ansatz der Aufklärung, der im gewaltigsten aller Glaubenssätze der Menschheit, «alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich», gipfelt, ist die Wurzel des Liberalismus und auch der Sozialdemokratie, die ja in der Schweiz ideengeschichtlich auch freisinnige Grundpositionen aufgenommen haben. (Der Gründer der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Albert Steck, ist aus dem Freisinn hervorgegangen.) Diese demokratischen Grundpositionen sind auch heute im Liberalismus verankert und leben weiter.

Entmündigungsmechanismen

Das System des modernen Kapitalismus entfernt sich vom altliberalen Menschenbild, es verträgt sich – viele Indizien zeigen dies – nicht mehr mit der ganzheitlichen demokratischen Partizipation. Der mündige Bürger, die Selbstorganisation von Citoyen und Citoyennes, wird im Marktprozess zum Störfaktor: Der grosse Konzern will nicht aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger, sondern willige, lenkbare Konsumenten, die sich so steuern lassen, dass sie sich den Marktinteressen unterwerfen – diskret, unsichtbar, subkutan, aber wirksam. «*Moderne soziale Systeme berufen sich auf Unsichtbarmachung von Macht*», bringt es der Philosoph Peter Sloterdijk auf den Punkt.

Demokratie in Frage gestellt

Der Demokratiediskurs hat sich nun geändert. Neoliberaler wie Silvio Borner, Thomas Straubhaar, Aymo Brunetti (diese stammen aus der Borner-Schule) sowie Think-Tank-Funktionäre von «Avenir Suisse» gehen auf Distanz zur plebiszitären Demokratie, die sie als Reformverhinderer ihrer

neoliberalen Umgestaltung betrachten.¹⁸ Straubhaar spricht von der «Demokratiefalle», weil das Volk in einigen Volksabstimmungen verhindert hat, einen gesellschaftlichen Umbau nach seiner Façon zu akzeptieren. *Nicht die Demokratie war u. E. das Problem, sondern die Unausgewogenheit der Vorlagen.*

Die neoliberale Rechte bedient sich einer ganzen Serie von Theorien, um die demokratische Partizipation, vor allem auch das pluralistische Regierungssystem und die plebiszitäre Demokratie als Hindernis für ihren kurzfristig orientierten Kapitalismus zu deklarieren. Dabei müssen Theorien als Rechtfertigungslehre hinhalten, die eher weltanschaulichen Glaubensbekenntnissen als nachprüfbaren Theorien gleichen: Public-Choice-Theorie, Prinzipal-Agent-Theorien, spieltheoretische Ansätze.

Die Beschneidung der Volksrechte und die von einigen Vertretern von «Avenir Suisse» propagierte Liquidation des Konkordanzsystems wird nicht zu mehr Reformen im System führen, sondern zu neuen Blockierungen. Demokratische Prozesse vermögen immerhin Fehlentwicklungen zu vermindern oder zu korrigieren. *Demokratie ist nicht immer effizient, aber sie ist gerecht und verhindert teure Exzesse mit Fehlentwicklungen.*

Politische Stabilität der Rahmenbedingungen

Viele Jahrzehnte lang wurde _ bei aller Reformträgheit des schweizerischen Systems – die langfristige Stabilität der politisch-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als positiver Standortfaktor von der Unternehmerschaft geschätzt. Gerade

¹⁸ Rentsch, Flückiger, Held, Heiniger, Straubhaar: Ökonomik der Reform: Wege zu mehr Wachstum in der Schweiz. Zürich 2004, S. 35 f; weiter: Hinweis auf Buch Borner.

die Trägheit des Reformprozesses hat dazu beigetragen, viele falsche Experimente zu vermeiden und der Unternehmerschaft *stabile, langfristig einschätzbare politische Rahmenbedingungen zu gewährleisten*. Nun wird von neoliberalen Ideologen gerade diese langfristige Stabilität in Frage gestellt – auch das ein Indiz für die neuartige Diktatur des Kurzfristigen. Ein Regierungssystem, das auf dem Konkurrenz-, statt Konkordanzgedanken basiert, wird ständig wechselnde Koalitionen von links bis rechts bringen. Es wird die Rahmenbedingungen nicht stabiler machen, sondern den unvermeidlichen *Links-Rechts-Pendelbewegungen* unterworfen.

Ungleichheit zerstört Mündigkeit

Die demokratische Partizipation wird aber auch durch die enorm gewachsenen sozialen Disparitäten in Frage gestellt, die wir in These 4 skizziert haben. Wie kann eine demokratische Gesellschaft demokratisch funktionieren, wenn sie einerseits aus Superreichen und andererseits aus Menschen an der Grenze des Existenzminimums besteht? Wie kann die Chancengleichheit funktionieren, die eine Voraussetzung für eine liberale Demokratie bedeutet, wenn diese durch die Finanzknappheit der öffentlichen Hand nicht mehr gewährleistet werden kann?

Ungelöste Ausländerintegration

Auch das Ausländerproblem ist ein Demokratie- und Partizipationsproblem: In der Schweiz leben rund 20 Prozent oder 1,6 Millionen Ausländerinnen und Ausländer. 96 Prozent sind nicht unter dem Titel des Asylwesens, sondern als Arbeitsmarktmigranten und Folgemigration (Familiennachzug, Geburten) in die Schweiz gelangt. Die *mangelnde berufliche, sprachliche und gesellschaftliche Integration der ausländischen Bevölkerung stellt das grösste ungelöste Problem dar*:

Die mangelnde Berufsqualifikation behindert die Produktivitätsentwicklung vor allem in den ausländerintensiven, strukturschwachen Branchen (Gastgewerbe, Tourismus, Bauwirtschaft, Reinigung); die Nichtintegration führt zu enormen Belastungen des Schulsystems, zu Konflikten auf den Schulhöfen und zur Überlastung des Justizapparats. Dies wiederum führt zu xenophoben Reflexen und parteipolitisch zur Erstarung von konservativen, reformblockierenden Kräften. Wir haben bereits in These 2 bezüglich der gesellschaftlichen Folgekosten der Arbeitsmarktliberalisierung dargestellt, dass die Migrationsproblematik aus der liberalisierten Arbeitskräfterekrutierung im Ausland und der Zuwanderung abzuleiten ist. Die Folgekosten dieser Arbeitsmarktpolitik werden nicht von den Verursachern, sondern von der Allgemeinheit getragen und stellen den demokratischen Prozess vor die grösste Belastungsprobe.

Weiterbildung funktioniert

Immerhin ist unserem System zugute zu halten, dass die berufliche Weiterbildung – auch eine Spielart der Partizipation – noch gut funktioniert. Im Jahr 2003 haben sich immerhin 1,8 Millionen Erwachsene in 2,5 Millionen Kursen während 122 Millionen Stunden der beruflichen Weiterbildung gewidmet.¹⁹ Die Quote der Teilnehmenden ist zwar zwischen 1993 und 2003 von 40 auf 36 Prozent der erwachsenen Bevölkerung gesunken und heute tiefer als zum Beispiel in Dänemark, Norwegen oder Australien. Aber sie ist immer noch bedeutend hoch und liesse sich bei entsprechenden Anstrengungen oder Anreizen auch wieder anheben.

¹⁹ Bundesamt für Statistik BFS: Weiterbildung in der Schweiz. Mitteilung BFS 22.3.2004, Neuchâtel.

Die demokratische Partizipation ist, hier sei vor einer Schwarzmalerei gewarnt, in der Schweiz nicht im Eimer. Aber wir möchten mit dieser These aufzeigen, dass gefährliche Tendenzen im modernen Kapitalismus wirken, die den Bürger unmündig machen und die ökonomische Ungleichheit so weit treiben, dass auch eine egalitäre Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in Frage gestellt wird. Ohne egalitäre Chancengleichheit gibt es kein liberales und demokratisches System.

7. Fehlgeleitete Wirtschaftseliten

Diese siebte und letzte These vom Zerfall der Wirtschaftseliten müsste eigentlich am Anfang stehen, denn sie erklärt auch die zuvor beschriebenen sechs Phänomene: Die jüngste *Spielart des Kapitalismus der Neunzigerjahre* brachte fehlgeleitete und unfähige Wirtschaftseliten an die Schalthebel der Macht.

Blendertum und Imponiergehabe

Was haben wir allein im letzten Jahrzehnt an Blendertum, Managementdoktrinen, Modetheorien und Schlagwörtern alles erlebt! Was wurde uns da nicht mit grossem Imponiergehabe von den Konzernzentralen und Beraterfirmen an revolutionären Scheininnovationen vorgetragen! Mit Vokabelschwergewichten wurden unverständliche Philosophien vermittelt: New Economy, Shareholder Value, E-Business, Business Models, Reengineering, Down-side risk, Up-site potential, Total Quality Management, Business Process Reengineering und vieles mehr – alles mit grossem Imponiergehabe verkündet von CEOs, Professoren, Consultants, Trainern, Business Angels und McKinsey-Boys. Die Lebensdauer dieser Doktrinen währte jeweils nur wenige Jahre, und heute sind die meisten Exponenten bereits von der Bildfläche verschwun-

den, sofern sie sich nicht erneut dem neusten Modetrend angeschlossen haben.

Scheinwissenschaftliche Nationalökonomie

Gewiss, nicht nur in der Betriebswissenschaft, sondern auch in der Nationalökonomie hat die eine Sekte die andere abgelöst: Da gab es die Public-Choice-Theorie, den Laffers-Irrglauben, die monetaristische Geldpolitik, die zu schweren Fehlleistungen des damaligen Nationalbankdirektoriums führte, der Staatsquotenfetischismus, auf der Linken auch Theorien von Nullwachstum, Investitionslenkung und Selbstverwaltung. Man kann dazu nur sagen: Bei aller Scheinexaktheit der ökonomischen Modelle ist und bleibt die Nationalökonomie eine normative, keine exakte Wissenschaft – mit ständiger Neigung zum Sektierertum (Paul Krugman).

Aus eigener Erfahrung teile ich Fredmund Maliks hartes Verdikt: «Die (durch die Deregulierung bedingten) Freiheiten haben zu einem krassen Mangel an Massstäben und Augenmass geführt, und sie haben zu viele falsche Leute an zu hohe Positionen gebracht und dort zu lange fuhrwerken lassen. (...) Diese Börsen- und Wirtschaftskrise hätte nicht eintreten müssen. Sie wäre – zumindest in diesem Ausmass – nicht möglich gewesen ohne die inkompetenten Consultants und Trainer, unfähige Journalisten und inkompetente Leute aus dem akademischen Bereich.»²⁰

Ich möchte anfügen, dass eben auch in der Wirtschaftspolitik die Führerschaft fehlte respektiv von beeinflussbaren und teils inkonsequenten Wirtschaftsvertretern im Bundesbern besetzt worden ist.

²⁰Fredmund Malik: Zu viele falsche Leute an zu hohen Positionen. In Cash, 27.12.2002, S. 26.

Von ABB, Unique und Winterthur

Wir kennen nur die Spitze des Eisberges dessen, was in den Chefetagen der Konzerne alles abgelaufen und an Werten vernichtet worden ist. Werner Catrina hat in einer Art jüngster Firmengeschichte nachgezeichnet, wie innert weniger als zwei Jahrzehnten der *Brown-Boveri-Konzern* (später die ABB) von Blendern, Hasardeuren und einer unfähigen Industrielite fast in den Ruin gemanagt worden ist.²¹ Was für uns als Zaungäste das Erschreckendste ist: Jeder neue Managementschritt dieser Halbgötter, der Barnevik, Lindahl, Centerman, ist von der Öffentlichkeit als grosse und unausweichliche Reform gefeiert worden; nur wenige, die sich damals zu Aussenseitern machten, hatten dieses Blendertum erkannt und gebrandmarkt. Heute wollen alle gescheiter gewesen sein.

Oder, um ein weiteres Beispiel zu nennen: Der Wirtschaftsjournalist Lukas Hässig zeichnete anhand seines Buches «*Der Kloten-Clan*» ein Sittenbild einer Zürcher Wirtschaftsschickeria, die nicht nur in Zürich, sondern auch auf Bundesebene einen verheerenden Einfluss entwickeln konnte.²²

Ein enorm aufschlussreiches Sittenbild der Zürcher Wirtschaftselite zeichnete der Buchautor Erwin Steiger, ein ehemaliges Kadermitglied der *Winterthur-Versicherung*, in seiner Schrift «*Mit festem Schritt zum Abgrund*».²³ Mit Decknamen zwar kaschiert, doch für jeden informierten Leser offensichtlich, beschreibt der ehemalige Top-Versicherungsmanager, wie die Winterthur-Versicherung von der Unternehmensbe-

²¹ Werner Catrina: *ABB. Die verratene Vision*. Zürich 2003.

²² Lukas Hässig: *Der Kloten-Clan*. Zürich 2003.

²³ Erwin Steiger: *Mit festem Schritt zum Abgrund*. Stansstad 2004.

raterbranche beinahe zu Tode beraten und von bekannten freisinnigen Galionsfiguren Milliarden an Firmenvermögen in den Sand gesetzt und vernichtet worden sind. Auch in diesem Insider-Report erscheint das Bild einer Wirtschaftselite, die mit viel Blendertum und Imponiergehabe, mit Verfilzung und Medienbeeinflussung lange Zeit ihre Macht in dieser *Managerdiktatur* der *Inkompetenz* bewahren konnte. Leidtragende waren die Versicherten bei der «Winterthur», die Pensionskassenzahlenden und die ganze Volkswirtschaft.

Wer diese detailliert beschriebenen Sittenbilder der schweizerischen Wirtschaftselite gelesen und den Niedergang von Traditionsfirmen miterlebt hat, wird fürs Leben geheilt sein, den Dogmen und politischen Vorstellungen dieser *Crème de la Crème je noch Vertrauen entgegenzubringen*.

«Weissbuch»: Damals top – heute flop

Im Jahre 1995 präsentierten 19 Autoren der schweizerischen Politik unter dem Titel «Mut zum Aufbruch» eine «wirtschaftspolitische Agenda» zur neoliberalen Umgestaltung der Schweiz.²⁴ Mit dem Reformprogramm der Manager sollte der Staat nach der *Façon* der damals gerade gültigen Unternehmensphilosophie umgekrempelt werden. Der Credit-Suisse-Chef Lukas Mühlemanndoppelte einige Jahre später nach, indem er den Verantwortlichen im Staat die Anlehnung an das privatwirtschaftliche Leadership-Modell nahe legte.

Von den 19 Weissbuch-Autoren, sind heute, weniger als ein Jahrzehnt danach, fast alle Firmenchefs verschwunden resp. von ihren Posten entfernt worden. Der CS-Chef, der mit

²⁴ David de Pury, Heinz Hauser, Beat Schmid: Mut zum Aufbruch. Eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz. Zürich 1995.

grossem Imponiergehabe Ratschläge an die Politik erteilt hatte, ist inzwischen in tiefster Versenkung verschwunden; und es wurde ihm von der Wirtschaftspresse vorgerechnet, dass unter seinem Management 30 Milliarden Franken an Firmenwert vernichtet worden sind.²⁵ Und niemand möchte heute noch an die Gefolgschaft erinnert werden. So *schnelllebig und kostspielig* war die *Hoch-Zeit der Managerelite und der Managementdoktrinen*.

Diese *Verirrungen der Managementelite* haben natürlich auch bei den wirtschaftspolitischen Exponenten im Bundesbern ihren Widerhall gefunden. Einzig das Kommissionsgeheimnis und eine menschliche Bisshemmung verbieten es, die wirtschaftspolitischen Irrwege von Exponenten detailliert nachzuzeichnen: Etwa bei der monetaristischen Geldpolitik, beim Fiskalquotendogmatismus, in der Shareholder-Value-Doktrin, im Nachrennen hinter Swissair-, Rentenanstalt- und Pharmainteressen.

Selbstbedienungsfilz

Ein grosser Teil der Wirtschaftselite der 90er Jahre ist ausgewechselt worden. Haben sich nun aber das Verhaltensmuster grundlegend geändert, das System geläutert und die Exzesse beseitigt? Gewiss, es sind einige Transparenzprinzipien und verschiedene Corporate-Governance-Regeln eingeführt worden. Doch das *selbstreferenzielle System von egozentrischen, bereicherungsorientierten Topmanagern* ist nicht grundlegend beseitigt. Das System der Wirtschaftselite ist immer noch eine Blackbox der Selbstkontrolle, auch bei den verbliebenen Topmanagern.

Exemplarisch beschreiben wir hier mit einem Zitat aus der Wirtschaftspresse, wie Europas «Topmanager des Jahres 2004», Daniel Vasella, in seinem Novartis-Konzern Hof hält: «Am Dienstag hielt der weltweit hoch angesehene Pharmakonzern Novartis seine Generalversammlung ab. Traktandum 7 enthielt eine Statutenänderung: Verwaltungsräte über 70 Jahre dürfen jetzt für mehrere weitere Amtsperioden wiedergewählt werden. Es war eine 'Lex Sihler': Der 74-jährige Helmut Sihler war vor vier Jahren schon einmal mit einer Ausnahmegenehmigung als Verwaltungsrat bestätigt worden. Jetzt kann er unbegrenzt weitermachen. Der österreichische Rechtsprofessor legt als Vorsitzender des dreiköpfigen Vergütungsausschusses den Lohn von CEO und VR-Präsident Daniel Vasella fest. Im Jahr 2003 waren das 19,5 Millionen Franken. Für seine nichtoperative Tätigkeit erhielt der Pensionär (Helmut Sihler) 980 000 Franken. Im Jahr davor, als er Vasellas Lohn auf 20,1 Millionen taxierte, bezog er ein Paket im Wert von rund 770 000 Franken. Vom zersplitterten Aktionariat ist keine wirkliche Gegenwehr zu erwarten.»²⁶

Krieg um Talente?

Die Rechtfertigung der Manager konzentrierte sich auf die Argumentation, die Topkaderlöhne seien im «internationalen Wettbewerb um Talente» schlicht unerlässlich. Doch, wie steht es tatsächlich bei diesem grenzüberschreitenden «Krieg um Talente»?

Von 42 Topmanagern in den fünf grössten Schweizer Konzernen (UBS, CS, Novartis, Roche und Nestlé) haben sich deren 36 *firmenintern* in Toppositionen vorgearbeitet. Nur deren sechs wurden von aussen angeworben, also nach Markt-

²⁶ Dirk Schütz in: Cash vom 26.2.2004, S. 2.

kriterien rekrutiert, und davon wurden nur deren drei über die Landesgrenzen hinweg angestellt (2004).²⁷ Von einem internationalen Wettbewerb und von Marktlöhnen kann überhaupt keine Rede sein. Sie ist eine billige Rechtfertigungsdoktrin für die Selbstbedienungsmentalität des Topmanagements. – *Ein waches Auge und kompetente, unabhängige Eigenrecherche sind in diesem Wirtschaftssystem deshalb die höchste Pflicht der Wirtschaftspublizistik.*

Zum Schluss: Plädoyer für eine aktive Wirtschaftspolitik und für Reformen

Diese «Sieben Realitäten des Kapitals» möchte ich, ganz pragmatisch und ohne Theorieanspruch aus vieljähriger Erfahrung in der Wirtschaftspolitik zusammengestellt, nicht als Anklageschrift verstanden wissen. Sie sind vielmehr eine aufklärerische Antwort auf die idealisierende Darstellung der «Sieben Sünden des Kapitals».

Aus den «sieben Realitäten» sind zwei Folgerungen abzuleiten: Die eine ist ein Anforderungsprofil an die Wirtschaftspolitik, die andere ein Plädoyer für eine staatliche Präsenz bei der Formulierung von Rahmenbedingungen für die Marktwirtschaft.

Erstens, gesucht: Selbstbewusste Wirtschaftspolitik

Die willfährige Anlehnung bürgerlicher Wirtschaftspolitiker in Bundes-Bern an Sonderinteressen (oft mit einigen Verwaltungsratsmandaten honoriert) führt zu einer schlechten Wirtschaftspolitik, weil sie die grossen Perspektiven und das öffentliche Interesse vernachlässigt: Wir brauchen Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftspolitikerinnen – auch bürger-

liche –, die sich nicht nur an Rive-Reine-Tagungen, an St. Galler Managementsymposien, am Davoser Weltwirtschaftsforum oder an Economiesuisse-Frühstücksclubs von wechselnden Konzernchefs (die bloss meist wenige Jahre an CEO-Erfahrung mitbringen) die Agenda diktieren lassen. Wir brauchen eine selbstbewusste Wirtschaftspolitikerelite. *Leadership in der Wirtschaftspolitik setzt – selbst bei bürgerlichen Exponenten – mehr Eigenständigkeit gegenüber Partikularinteressen und Konzernlobbys und mehr fundierte Selbstsicherheit voraus.*

Zweitens ein Plädoyer für Rahmenbedingungen

Die «sieben Realitäten», die ja so weit vom Wunschenken des Marktideals entfernt liegen, müssten eigentlich zum Schluss führen, dass es klare staatliche Rahmenbedingungen für die soziale Marktwirtschaft braucht. Die billige und oft ans sektiererische grenzende Weniger-Staat-Ideologie mancher Neoliberalen sollte einer nüchternen und pragmatischen Regulierung oder (Re)-Regulierung der Märkte Platz machen. *Es braucht nicht nur eine Regulierungsfolgenabschätzung, wie sie heute Mode ist, sondern auch eine Abschätzung der Deregulierungsfolgen.*

Aus Platzgründen müssen wir hier auf die Skizzierung des staatlichen Handlungsbedarfs in jedem Einzelnen der sieben erwähnten Thesenfelder verzichten. Es lässt sich aber aus den obigen Texten durchaus ableiten, dass der Wettbewerb durch staatliche Regeln des Wettbewerbsrechts durchgesetzt, externe Kosten internalisiert, durch Finanzmarktaufsicht Exzesse verhindert, die sozialen Disparitäten durch Bildungspolitik und Sozialpolitik bekämpft, die Nachhaltigkeit des Wirtschaftsprozesses mit marktwirtschaftlichen Lenkungsinstrumenten verstärkt werden müssen. Die Chancengleichheit und

die demokratische Partizipation dürfen auf keinen Fall abgebaut werden. Ebenso braucht es klarere Regeln für die Corporate Governance in grossen Gesellschaften, um die Exzesse durch eine selbstbereichernde Managerelite einzugrenzen.²⁸

Blick in die Zukunft

Wohin führt der Weg? Ich möchte hier keine Prognose wagen, sondern Gegenwartstrends weiterdenken und drei wichtige Probleme respektive Blockierungen nennen.

Zuvor möchte ich betonen, dass ich *die schweizerische Wirtschaft insgesamt für konkurrenzfähig und stark halte*; sie ist bloss gespalten in einen wettbewerbsfähigen und hoch produktiven internationalen Sektor (Exportindustrie, Finanzsektor) und eine strukturschwache, geschützte Binnenwirtschaft (Landwirtschaft, Tourismus, Bau usw.). Die viel zitierte Wachstumsschwäche der 90er Jahre ist zu relativieren, denn das *Bruttosozialprodukt* (unter Einbezug der Investitionen im Ausland) ist ja fast doppelt so stark gewachsen wie das *Bruttoinlandprodukt*. Mit andern Worten, die Wachstumsschwäche im Inland war bedingt durch den zu hohen Frankenkurs und die Produktionsverlagerung ins Ausland.

Doch nun zu den drei wichtigsten Gefahren und Blockierungen in der schweizerischen Wirtschaftspolitik:

1. Die aktuelle Dominanz und Themenführerschaft der SVP wird in wirtschaftspolitischer (und wohl auch gesellschaftlicher) Hinsicht zu einem *Reformstau* führen: In der Wettbewerbspolitik (Beseitigung der Hochpreisinsel !) und im

²⁸ Im ursprünglichen Text haben wir auch technische und gesetzgeberische Folgen für jedes einzelne Kapitel formuliert, mussten dann aber aus Platzgründen verzichten. Wir werden in einer späteren Schrift ein wirtschaftspolitisches Reformprogramm als Ausfluss aus dieser Analyse präsentieren.

Wirtschaftsrecht, bei der Corporate Governance, bei den Rahmenbedingungen für KMU und neuen KMU-Finanzierungsinstrumenten, bei der fehlenden Integration der Ausländer-/innen (die über ein Viertel der Arbeitskraft ausmachen) und der Anpassung an neue internationale Rahmenbedingungen. Später müssen sich die Nachfolger der heutigen Regierungsmitglieder mit einem Pulk von Reformvorlagen abgeben und den Stau abbauen.

2. Das wenig dynamische Verhältnis der Schweiz zur EU und zum wachsenden Wirtschaftsraum Europa ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein wirtschaftliches Problem. Das schweizerische *Bankgeheimnis* wird die internationale politische und wirtschaftliche Isolation der Schweiz wahrscheinlich akzentuieren und kann zu Schäden führen, weil die Besitzstandswahrung dieses Wettbewerbsvorteils eigentlich eine Strukturhaltung darstellt, die später dennoch zu Anpassungszwängen führt.
3. Staat und Gesellschaft wenden immer mehr Geld für die Alterssicherung auf, aber gleich viel oder weniger für die Bildung. Das Zurückfahren der öffentlichen Ausgaben und gleichzeitig die Priorisierung der sozialstaatlichen Finanzierung des Alters kann zu *einem Rückstand bei Bildungs-, Berufsbildungs-, Weiterbildungs- und Forschungsinvestitionen* führen. Selbst wenn diese Tendenz lange Zeit nicht sichtbare Folgen zeigt, wird sie zu einem Verlust an Wachstum und Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft führen. Westeuropäische Wachstumsländer in Skandinavien oder auch Österreich werden wachstumsmäßig die Schweiz überholen.

Ich verhehle nicht, dass ich Blockierungen in den erwähnten Bereichen nicht nur der politischen Rechten, sondern auch der traditionell-gewerkschaftlichen Linken anlaste. Die Orientierung an sozialen und ökologischen Reformen müsste von einer Reformkoalition und einer neuen Leadership ausgehen, die Reformbürgerliche und Reformsozialdemokraten einschliesst; doch, eine solche ist, soweit ich sehe, derzeit nicht in Sicht.

Rudolf H. Strahm

Vakat

Vakat